

Wien, am 25. April 2016

PRESSEINFORMATION

VII: Stopp dem MRG-Novelle Wahnsinn

Die Verkündigung von SPÖ Bautensprecherin Ruth Becher, dass eine Einigung in Fragen der Mietrechtsreform quasi vor der Türe steht, kann nur als Drohung aufgefasst werden. Denn Themen wie: „Mietzinsbegrenzung, Leerstandsabgabe, etc. sind all jene Themen, die zukünftig das Angebot an vermietbaren Wohnraum auf das niedrigste Niveau aller Zeiten drücken würden“, ist Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren überzeugt. „Da muss man kein Mietrechts-Spezialist sein, da genügt der Hausverstand. Wenn es sich nicht mehr rechnet sein Eigentum anderen gegen Miete zur Verfügung zu stellen, wird man es auch nicht mehr tun. „Liebhaberei kann von Niemandem verlangt werden“, so Louzek. Auch das Eindämmen von Befristungen würde nicht dazu beitragen, dass mehr Wohnraum angeboten werden würde. „Denn nicht nur, dass eine unbefristete Vermietung einer Enteignung gleich kommt, muss es doch unbenommen bleiben, auch über kürzere Zeiträume sein Eigentum zur Verfügung stellen zu dürfen“, ergänzt Louzek. Die Immobilienbranche schultert nicht nur den größten Anteil der sogenannten „Steuerreform“ durch Verlängerung der Abschreibungsdauer, Erhöhung der Grunderwerbsteuer, etc. etc. sondern wird permanent in das Eck des sozialen Ausbeuters gedrängt. „Das weisen wir entschieden zurück und fordern endlich einen realistischen Zugang zu Fragen der Miete“.

Wie soll denn der Ruf nach mehr Verfügbarkeit von Wohnraum umgesetzt werden, wenn solche grausen Ideen, wie von Frau Becher dargelegt, als paktfähig deklariert werden? Das bleiben die Auguren dieser Ideen schuldig. „Eigentum hat in Österreich sichtlich keinen Wert mehr, es wird je nach politischer Gemengelage populistisch entschieden, ohne nur im Ansatz an die Folgen zu denken“, so Wolfgang Louzek.

„Für den Wohnbedarf der sozial Schwachen kann nicht der private Vermieter sondern nur die öffentliche Hand zuständig sein“, ergänzt Louzek. Würde in Österreich generell eine ganz normale marktgerechte Miete bezahlt werden, wie fast überall in Europa, und Altmieten langsam aber beständig an eine normale Miethöhe herangeführt werden, dann hätten auch junge Menschen eher die Chance günstige Mietwohnungen zu finden.

Eine Deregulierung des Mietrechtsgesetzes ist daher dringend gefordert, will die Politik ihr Regierungsabkommen einhalten, nämlich mehr Wohnraum zu schaffen. Planwirtschaftliche Spiele sind daher dringend zu unterlassen

Mehr Infos unter: www.vii.co.at

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer
Schriftführerin des VII
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at